



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

**An die
lokalen Medien**

12. Oktober 2005

Pressemitteilung

**Umwelt und Natur:
Landesregierung gefährdet ökologische Standards auch in Dortmund**

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürchtet unter der neuen Landesregierung von CDU und FDP eine vollkommene Abkehr von der bisherigen erfolgreichen Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik des Landes.

Ingrid Reuter, umwelt- und planungspolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion:
„Nordrhein-Westfalen droht ein radikaler Kurswechsel. Die bisherigen Planungen und Aussagen von CDU und FDP zu Umwelt- und Naturschutz zeigen: Die neue Landesregierung gefährdet ökologische Standards und richtet sich gegen die Bedürfnisse und Interessen der Menschen in NRW.“

So wird nach Auffassung der GRÜNEN die angekündigte Reduzierung bzw. Aufgabe der Förderung des ökologischen Landbaus mittel- bis langfristig erhebliche negative Auswirkungen haben. Dies gilt auch für die geplante Reduzierung der Förderung der Landschaftspflege. Ingrid Reuter: „Eine Erweiterung der Fläche für Ökolandbau in Dortmund ist ebenso erforderlich wie Landschaftspflegemaßnahmen zum Beispiel in Naturschutzgebieten. Landwirte benötigen die Förderung zur Umstellung des Anbaus, die Naturschutzgebiete werden ohne Pflege und Schutz an Wert verlieren. Durch das Zurückfahren entsprechender Mittel und Programme zerstören CDU und FDP die Arbeit von vielen Jahren.“

Zusätzlich wird die örtliche Landwirtschaft nach Auffassung der GRÜNEN durch die geplante Erleichterung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen bedroht. Mario Krüger, Ratsmitglied der GRÜNEN: „Alle Umfragen zeigen: Niemand will genmanipulierte Nahrung. Wer trotzdem den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zulässt und fördert, handelt sowohl gegen die Interessen der Landwirte als auch der VerbraucherInnen. Aus guten Gründen haben wir deshalb in Dortmund erst vor wenigen Monaten einen Ratsbeschluss zum Verbot von Gentechnik auf verpachteten städtischen Flächen gefasst.“

Für gravierend halten die GRÜNEN auch die Blockadepolitik von CDU und FDP in Sachen Windkraft. Festzustellen ist, dass nach den geplanten Regelungen die sieben in Dortmund aufgestellten Windkraftanlagen nicht mehr genehmigungsfähig wären. Heute werden über die mit einem Investitionsvolumen von 12 bis 13 Millionen Euro errichteten Windräder 5000 bis 7000 Haushalte mit Ökostrom versorgt. Die neuen Abstandsregelungen für Windkraftträder bedeuten faktisch das Aus für weitere Windkraftprojekte in Dortmund.

Und auch die Einschränkung des Verbandsklagerechts für Umweltverbände stößt auf entschiedene Kritik. Mario Krüger: „Durch das von rot-GRÜN eingeführte Klagerecht ist den Verbänden die Möglichkeit gegeben worden, gegen umweltzerstörende Projekte zu klagen. Jetzt wird ihnen diese Möglichkeit wieder genommen, zum Beispiel bei den Planungen für die L 663 n (OW IIIa). Zusätzlich soll darüber hinaus auch die Finanzierung des Landesbüros der Naturschutzverbände reduziert werden. Die Umweltverbände werden von CDU/FDP nicht als Partner, sondern als störendes Element wahrgenommen.“

Auch im Bereich der Stadtplanung befürchten die GRÜNEN Schlimmes. So planen CDU und FDP, das Bauen im Außenbereich zu erleichtern. Damit ist insbesondere in Ballungsgebieten und Städten wie Dortmund eine weitere Zersiedelung zu erwarten.

„Weniger Ökologie, dafür mehr Ökonomie. Kaum Mitspracherecht für Umwelt- und Naturschützerinnen und Naturschützer, dafür mehr Rechte für die traditionelle Landwirtschaft und die Wirtschaft – das ist die Politik von CDU und FDP. Wir werden stattdessen als GRÜNE Fraktion auf kommunaler, als Partei aber auch auf Landesebene deutlich machen, dass ein rasanter Abbau ökologischer Standards stattfindet, der die Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens in keiner Weise berücksichtigt. Naturschutz kann und darf nicht nach Belieben ausgesetzt werden!“, so Ingrid Reuter und Mario Krüger abschließend.